

Der Westen legt sich nicht fest

Keine Gipfelkonferenz um jeden Preis — Dulles bleibt skeptisch

Washington/Paris/Bonn, 4. 3. (Eigenmeldung/dpa). Die letzten sowjetischen Bedingungen für die Konferenzen der Außenminister und der Regierungschefs waren am Dienstag das Hauptberatungsthema in den westlichen Hauptstädten. Übereinstimmend läßt sich die erste Reaktion in die Worte zusammenfassen: die Westmächte können sich nicht, wie Moskau es wünscht, im voraus darauf festlegen, die Gipfelkonferenz auf jeden Fall abzuhalten, gleichgültig, ob auf dem Außenministertreffen das erforderliche Einvernehmen erzielt wird oder nicht.

Außenminister Dulles, der auf seiner wöchentlichen Pressekonzferenz sprach, begründete seine Ablehnung mit dem Hinweis, daß die USA weder an einem Betrug noch an einem Schwindelmanöver teilnehmen und ein Treffen herbeiführen wollten, bei dem kein Thema von irgendwelcher Bedeutung behandelt werde. Washington sei auch nicht an einer Begegnung mit sowjetischen Politikern interessiert, bei der nur Gegensätze verschärft und die Spannungen vergrößert werden.

Dulles bezeichnete es ferner als ratsam, die Wiedervereinigung Deutschlands auf die Tagesordnung zu setzen, er ging aber nicht so weit, diesen Punkt zur absoluten Vorbedingung für das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz zu machen. Eine absolute Vorbedingung gebe es für die USA überhaupt nicht, weil ja auch die Standpunkte der Verbündeten zu berücksichtigen seien.

Mit Nachdruck verwies Dulles auf die Genfer Gipfelkonferenz von 1955, bei der die vier Großmächte ihre Verpflichtung für die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen anerkannt und auch zugestanden hätten, daß zwischen Wiedervereinigung und europäischer Sicherheit eine enge Verbindung bestehe. Es wäre unsinnig, sagte Dulles, eine zweite Gipfelkonferenz durchzuführen, um die Ergebnisse der ersten zu begraben. Vielmehr müßte eine zweite auf den Ergebnissen der vorangegangenen aufbauen.

Dulles gab zu verstehen, daß die USA die letzten sowjetischen Vorschläge mit Gegenvorschlägen beantworten werden. Er sprach dabei von kleinen Unterschieden zwischen dem bereits veröffentlichten Schreiben Gromykos an den französischen Außenminister Pineau und dem in Washington überreichten Memorandum für Washington.

Änderung der Abrüstungspolitik

Der Außenminister deutete ferner die Möglichkeit an, daß die USA ihre bisherige Abrüstungspolitik ändern und nach Rücksprache mit den Verbündeten auf die bisher von ihnen geforderte Kopplung von Atomwaffenverbot und Einstellung der Kernwaffenproduktion verzichten. Nach seiner Ansicht könnte eine Abrüstungsvereinbarung mit den Sowjets auch auf einer anderen Ebene als der der Regierungschefs vereinbart werden. Die USA seien jedoch zu jeder Art von Gesprächen bereit, an Verfahrensfragen dürfte ein Erfolg nicht scheitern.

Deutschlandfrage darf nicht fehlen

In Bonner Regierungskreisen wurde eine Außenministerkonferenz zur Vorbereitung eines Treffens der Regierungschefs grundsätzlich begrüßt. Die Bundesregierung beharre jedoch nachdrücklich auf ihrem Standpunkt, daß die Tagesordnung einer Gipfelkonferenz auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung umfassen müsse.

Der Sprecher des Quai d'Orsay äußerte zu dem Brief Gromykos an Pineau, die Westmächte könnten einer Gipfelkonferenz nur dann zustimmen, wenn sie entsprechend vorbereitet wird, d. h. wenn über den Teilnehmerkreis und das Verhandlungsprogramm im voraus Einvernehmen besteht. Das kann nach französischer Ansicht am leichtesten auf einer Außenministerkonferenz erreicht werden. Wenn aber Moskau verlangt, daß sich die Westmächte im voraus unter allen Umständen auf die Abhaltung einer Gipfelkonferenz festlegen, dann sei das jetzige Zugeständnis nur ein taktisches Manöver.

Die Westmächte werden, so betonte der Sprecher ausdrücklich, in keine Verhandlungen eintreten, in denen die Frage der deutschen Wiedervereinigung nicht behandelt wird. Sie seien aber damit einverstanden, daß die Erörterung in zweiter Etappe erfolgt, nach Besprechungen über militärische Lösungen.

Der vom Kremel vorgeschlagene Teilnehmerkreis wird nach französischer Auffassung im Westen auf keinen besonderen Widerstand stoßen. Entsprechend dem Brief Gromykos würden sich also versammeln die Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei und Rumäniens; als Vertreter neutraler Staaten würden noch hinzukommen die Außenminister von Indien, Jugoslawien, Schweden, Österreich, Afghanistan und Ägypten. Man hält es wegen der sowjetischen Vorbedingungen aber für unwahrscheinlich, daß die Außenministertagung schon im April stattfinden kann.

Jugend unter Druck

DT. Hunderttausenden von jungen Menschen wird in diesen Wochen ein Bekenntnis abgefordert werden. Die Schulentlassenen werden in Westdeutschland und Westberlin in ihrer überwiegenden Mehrzahl vor den Altar treten, um ihren christlichen Glauben zu bekennen, auf den sie getauft wurden. Es gehört nun zu den harten Tatsachen, unter denen unser geteiltes Volk lebt, daß dieses Bekenntnis im östlichen Teil unseres Landes nicht selbstverständlich ist. Das seit Jahrhunderten gewohnte und mehr oder weniger fromme Familienfest der Konfirmation und der Firmung in der Oster- und Pfingstzeit erhält durch die Herausforderung der atheistischen Weltanschauung des SED-Staates schon seit drei Jahren eine Vertiefung und Verschärfung.

Seit einem halben Jahr geht es dort drüben bei der Frage Jugendweihe oder Konfirmation und Erstkommunion häufig um die Existenz. Nicht daß der SED-Staat schon von Staats wegen die Teilnahme aller schulentlassenen Kinder an der Jugendweihe gefordert hätte. Vielleicht wird das nie der Fall sein. Aber es gehört zu den bitteren Erfahrungen vieler verantwortungsbewußten Familien in Mitteldeutschland, daß ihre durch ein christliches Bekenntnis verpflichteten Kinder Gefahr laufen, im Staatswesen der sogenannten DDR weder die Zulassung zur Oberschule noch zur Universität und auch nicht die Aussicht auf eine qualifizierte Lehrstelle zu erhalten. Die Eltern also, die in diesen Wochen ihre Kinder nicht das Gelöbnis für die „große und edle Sache des Sozialismus“ sprechen lassen, die Jugendlichen, die im gerade beginnenden Reifealter sich für das stellvertretend von Eltern und Paten abgelegte christliche Taufgelöbnis nun ihrerseits entscheiden, — sie entscheiden sich damit unter Umständen für eine berufliche Zukunft, die in der sozialen Hierarchie des SED-Staates nur die letzte

Sprosse übrig läßt: zum Beispiel des Hilfsarbeiters in einer landwirtschaftlichen Kolchose, und das heißt Kartoffeln budeln ein Leben lang oder Flucht in die schon überfüllten Lager Westdeutschlands.

Es hat nicht an Kritikern beider christlicher Kirchen gefehlt, die meinten, daß weder Eltern noch Jugendliche vor diese harte Wahl hätten gestellt werden dürfen. Ist das Gelöbnis der Jugendweihe in seinem Wortlaut nicht ausgesprochen harmlos? Wo wird dort von irgendeiner Absage an den christlichen Glauben gesprochen? Warum also meinten beide Kirchen einem „Jugendgeweihten“ die kirchlichen Rechte verweigern zu sollen? Sind der erzwungene Unterricht in Jugendstunden und schließlich das Gelöbnis nicht durch einen geistigen und geistlichen Vorbehalt aufzuheben? Wozu dieser fast „unmenschlich“ wirkende Zwang, hier von existenzbedrohten Vätern und um ihre Zukunft bangenden Jugendlichen eine Entscheidung zu verlangen, die sie auf eine vielleicht zu harte Probe stellt?

Das mag alles zutreffen. Jedoch übersehen die Kritiker, daß dies so harmlos scheinende Gelöbnis zum Sozialismus einen anderen Hintergrund erhält, wenn man seine Auslegung durch maßgebliche SED-Funktionäre liest. Dort heißt es etwa: „Unser historischer und dialektischer Materialismus ist selbstverständlich auch atheistisch“ (Professor Duncker). Und es folgt das Wort Lenins: „Man muß träumen können, man muß sein Zukunftsbild haben.“ Und dieses Zukunftsbild ist das „herrliche Bild der kommunistischen Gesellschaft“.

Nun haben die SED-Funktionäre in den letzten Wochen keine Anstrengung gespart, in dem Zeichen des kreisenden Sputniks deutlich zu machen, daß es Gott nicht gäbe, weil die Sendestationen von Sputnik I und II keine Mitteilung über die Existenz eines allmächtigen Schöpfers auf ihrer Frequenz mitgeteilt haben. Unterstützen wir nicht diese ebenso törichte wie platte Interpretation des materialistischen Weltbildes aus dem vorigen Jahrhundert. Ihr

Erkenntnisgehalt ist zwar unbeachtlich, seine politische Auswirkung jedoch entscheidend. Sie äußert sich zum Beispiel in einem als Modell wichtigen Bezirk der „DDR“, nämlich dem Bezirk Frankfurt/Oder in der Form, daß seit Monaten ausgewählte Lehrer Hausbesuche bei christlich „verdächtigen“ Leuten machen, um die Kinder dieser Familien von der Konfirmation abzuschrecken. Diese Propagandisten, die einer gesetzlichen Anweisung gar nicht bedürfen, machen deutlich, daß Jugendliche, die die Jugendweihe aus christlichen Bedenken versäumen, nicht mit einer Lehrstelle rechnen können, nicht auf eine Oberschule übernommen werden und schon gar nicht den Weg zur Universität und Hochschule betreten dürfen.

Das gilt nicht nur für den Bezirk Frankfurt. Auch in Mecklenburg hat der Erste Sekretär der SED-Bezirksleitung verkündet, daß die Teilnahme an der Jugendweihe entscheidend für die Zulassung zur Oberschule sei.

Der gängige Slogan: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“ kann ebenso in die Formulierung: „Wer eine Zukunft hat, hat auch die Jugend“ verwandelt werden. Es ist klar, daß die um ihre Zukunft bangende SED-Staatsführung vor allem auf die jungen Menschen in Mitteldeutschland abzielt. Wenn diese weiter so fliehen, wenn der Staat, mit dem kein Staat zu machen ist, weiter so um den Nachwuchs bangen muß, wenn überall in den Oberschulen und Universitäten die kritische und nüchterne Wertung, die dem menschlichen Verstand nun einmal verliehen worden ist, sich gegen Ulbricht und seine immer dünner werdende Mannschaft richtet, dann muß man eben — für terroristisch-totalitäre Funktionäre gibt es keinen anderen Schluß — Zwangsmaßnahmen ergreifen.

Jugendliche und Studenten dürfen nach Westdeutschland nicht mehr reisen. Sie könnten bei allen Mängeln, welche der Freiheit um ihres Prinzips willen notwendigerweise anhaften, sehr kritisch gegenüber jedem

Fortsetzung auf Seite 7

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth
Berlin-Tempelhof 1
Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Eine neue Abrüstungspolitik**Schwenkt Eisenhower auf die Stassen-Linie ein?**

Washington (ap). In der amerikanischen Haltung zur Abrüstungsfrage bahnt sich zur Zeit eine vielleicht entscheidende Änderung an, wie in Washington verlautet. Bemerkenswerterweise soll die Regierung dabei teilweise auf die Linie eingeschwenkt sein, die Eisenhowers früherer Abrüstungsbeauftragter Stassen in der vergangenen Woche vor dem Außenpolitischen Senatsausschuß skizziert hat.

Es heißt in unterrichteten Kreisen, die neue Haltung werde vor allem dadurch gekennzeichnet sein, daß man nicht mehr wie bisher auf der Koppelung eines Verzichts auf Atomwaffenversuche mit dem

Verzicht auch auf die Produktion von Kernwaffenmaterial bestehen wolle. Stassen hatte diese Koppelung als das Haupthindernis für eine stufenweise Abrüstung empfunden.

Eisenhower und Dulles sollen nunmehr geneigt sein, dem sowjetischen Vorschlag eines befristeten Versuchsstopps ohne Produktionsverbot entgegenzukommen, wenn außer der Grundbedingung — voll wirksames Inspektionssystem — folgende Bedingungen erfüllt werden:

1. Volles Einverständnis der amerikanischen NATO-Partner mit einer Lockerung der amerikanischen Haltung.

2. Ausnahmeerlaubnis für Großbritannien und Frankreich, eigene Atomwaffenversuche zunächst weiterzuführen.

Genossen leben zu anspruchsvoll**Heftige Kritik der jugoslawischen KP**

Belgrad (ap). Das Politbüro der Kommunistischen Partei Jugoslawiens hat am Freitag eine schärfere Disziplin in der Partei gefordert und die Nachlässigkeit zahlreicher Genossen scharf kritisiert. Aus einem zwölfseitigen Bericht des Büros, der in der Parteizeitung „Kommunist“ veröffentlicht wurde, ging hervor, daß das Politbüro, offensichtlich zur Vorbereitung des Parteikongresses im April, in diesem Monat getagt hat und dabei „gewisse negative Erscheinungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben sowie Schwächen in der Arbeit der Kommunistischen Partei“ besprochen hat.

Der Bericht stellt fest, daß sich in letzter Zeit in zunehmendem

dem Maße Kommunisten auf Grund ihrer Position materielle Vorteile verschafft hätten. Erwähnt werden dabei Auslandsreisen, der unnötige Erwerb von Luxuswagen, die Benutzung von Dienstwagen für Privat Zwecke und unnötige Spesen ausgaben für Vergnügungszwecke.

Gomulka-Gegner ausgeschaltet**Klosiewicz aus dem ZK ausgeschlossen**

Warschau (ap/dpa). Der polnische Parteichef Gomulka hat auf einer dreitägigen Sitzung des Zentralkomitees der polnischen KP einen bemerkenswerten Sieg davongetragen. Die zum Teil sehr heftigen Auseinandersetzungen, vor allem über die liberale Wirtschaftspolitik Gomulkas, endeten mit einer Verurteilung des Wortführers der stalinistischen sogenannten Natolin-Gruppe, des ehemaligen Gewerkschaftsführers Viktor Klosiewicz. Klosiewicz wurde mit 25 von 80 Stimmen aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen und erhielt wegen „Unterminierung der Parteieinheit“ eine Rüge. Seinen Gewerkschaftsposten hatte Klosiewicz bereits nach dem Umschwung im Oktober 1956 verloren.

Hauptangriffspunkt der „Natolin“-Gruppe war die Wirtschaftspolitik Gomulkas, die unter anderem bestimmte Änderungen im System der Planung und der Volkswirtschaft vorsah. Sie wandte sich vor allem gegen folgende Punkte des neuen Wirtschaftsprogramms: Verringerung der Belegschaftsstärke in den mit Arbeitskräften überfüllten Fabriken, Einsatz der überzähligen Arbeiter in Bergwerken und in der Landwirtschaft, Übergang vom staatlichen zum genossenschaftlichen Wohnungsbau, selbständigeres Arbeiten der Betriebe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2,

Erzbischof Seiterich †

Freiburg (ap). Der Erzbischof von Freiburg, Dr. Eugen Seiterich, ist im Alter von 55 Jahren an den Folgen einer Embolie verstorben. Der Oberhirte, der bereits vor einiger Zeit schwer erkrankt war, konnte sein Amt nur dreieinhalb Jahre ausüben. Er war am 7. August 1954 von Papst Pius XII. zum Nachfolger des verstorbenen Freiburger Erzbischofs Dr. Wendelin Rauch ernannt und am 21. September feierlich inthronisiert worden.

Selbmann – ein Unbekannter

Kein Wort über seine Rückreise aus Moskau

Berlin (dpa). Der von der SED-Parteiführung in den letzten Tagen heftig angegriffene stellvertretende Sowjetzonen-Ministerpräsident Fritz Selbmann (SED) ist nach Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Sowjetzone und der Sowjetunion wieder in die „DDR“ zurückgefliegen. Obwohl sein Reisefermin in der sowjetischen Hauptstadt bestätigt wurde, brachten weder die Sowjetzonen-Nachrichtenagentur adn noch die Ostberliner Zeitungen auch nur eine Zeile über die Rückkehr des umstrittenen Spitzenfunktionärs.

Der zur Zeit laufenden politischen Säuberungsaktion im Osten ist jetzt auch der Leiter des Instituts für gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium an der Ostberliner Humboldt-Universität, Saar (SED),

zum Opfer gefallen. Er wurde seines Postens enthoben. Gemeinsam mit ihm wurden mehrere andere SED-Wissenschaftler seines Instituts abgesetzt.

Eine „Wegweisung“ für die Theologie-Studenten an der Humboldt-Universität hat der Dekan der Theologischen Fakultät, Prof. D. Heinrich Vogel, am Donnerstag veröffentlicht.

In der „Wegweisung“ werden die Theologie-Studenten aufgefordert, dem Staat zu geben, was des Staates ist, und Gott, was Gottes ist“. Sie sollten, so heißt es, „die Regierung der ‚DDR‘ als staatliche Obrigkeit im Glauben an Gottes Wort unter Gottes gnädiger Anordnung sehen, ihre Gesetze respektieren und ihr in ethischer Mitverantwortung als Christ helfen, wo immer es das wahre Wohl der Menschen erfordert“.

Ohne Deutschland?

DT. Nunmehr scheint sich das Geheimnis der jüngsten Wendung in der Politik im Kreml zu enthüllen. Das am Wochenende in diplomatischen Mitteilungen an die Regierungen in Paris und Washington mitgeteilte Einverständnis der Sowjetunion mit einer Außenministerkonferenz entsprach einer bisher in Moskau strikt abgelehnten Forderung des Westens. Bulganins Briefoffensive um den Jahreswechsel forderte den baldigen Zusammentritt der Regierungschefs und wünschte sogar ausdrücklich eine solche Gipfelkonferenz ohne vorbereitendes Außenministertreffen. Die sowjetische Diplomatie war sogar so offenerzig, eine Zusammenkunft der Minister aus Ost und West allein deswegen abzulehnen, weil sie den amerikanischen Außenminister Dulles nicht dabei haben wollte. Die letzte, offenbar noch immer nicht im sowjetischen Bereich veröffentlichte Antwort Eisenhowsers belehrte die Sowjets, daß dieses Manöver zu plump war. John Foster Dulles genießt mehr denn je das Vertrauen Eisenhowsers, und Harold Stassen, den man in Moskau vielleicht mehr Nach-

giebigkeit gegenüber sowjetischen Wünschen zutraute, schied von seinem Posten als amerikanischer Abrüstungsbeauftragter.

Die überraschende Zustimmung Moskaus zu einer der Gipfelkonferenz vorbereitenden Zusammenkunft der Außenminister aus Ost und West wird in ihren Motiven jetzt klarer. Moskau brach die Verhandlung der vertraulichen Behandlung, veröffentlichte vor kurzem das Schreiben an Pineau und erstaunte die Weltöffentlichkeit dadurch, daß die vermutete „Mammut“-Konferenz von mindestens dreißig Außenministern gar nicht gefordert wird. Im Gegenteil: Der Kreml schlägt nur vier auf westlicher und die gleiche Zahl an Außenministern auf östlicher Seite vor.

Deutschland jedoch soll nach den Wünschen Sowjetrußlands weder beim Außenministertreffen noch auf der Gipfelkonferenz vertreten sein. Vor allem auch nicht die deutsche Frage! Hierfür gebraucht Gromyko die bis zum Überdruß verwandte Formel, daß die „Wiedervereinigung Deutschlands vor allem die Deutschen selbst betrifft“.

Erhard im Glück

DT. In Bonn war große Gratulationscour bei Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard. Am zweiten März waren es zehn Jahre, seit er die Wirtschaftspolitik Westdeutschlands verantwortlich leitet. Seine Person wurde im Ausland Symbol des westdeutschen Wirtschaftswunders; auf 81 Auslandsreisen gingen ihm die Zigarren und seine vielbegehrten Ratschläge für die Lösung heikler, wirtschaftlicher Probleme niemals aus. Anerkennung, Wohlwollen und über ein Dutzend ausländische Orden hat er dafür geerntet. Seinen Gegnern hat er das Leben besonders schwer gemacht; denn meistens behielt er mit seinem Optimismus recht.

Es ist schwierig, Erhard nachzuweisen, daß er sich einmal in der Deutung wirtschaftlicher Konjunkturen geirrt habe. Dabei geht er mit solchen Prophezeiungen weniger sparsam um als manche Konjunkturforscher.

Erhards konjunkturelle Voraussagen haben daher Gewicht. Zum 10. Jahrestag seines Wirkens an wirtschaftspolitisch verantwortlicher Position hat er festgestellt, daß wir uns immer noch in einer Wirtschaftskonjunktur befinden, die die Note „mittel“, d. h. wohl in der Sprache der Zensuren etwa „gut bis ziemlich gut“ verdient.

Das Vertrauen zu Erhard gründet sich nicht allein darauf, daß er bisher stets ein Hans bzw. ein „Ludwig im Glück“ war. Die Unabhängigkeit seines Urteils, das ihm reihum mit den Großmächtigen der Industrie, der Landwirtschaft, den Vertretern von Berufsordnungen und manchmal auch mit den Gewerkschaften zusammenstoßen ließ, haben ihm beim Mann auf der Straße und bei den Verbrauchern großen Respekt verschafft, wenn auch seine Bewunderer manchmal die letzte Konsequenz vermissen mögen. Doch Erhard ist auch Politiker. Er weiß, daß Kompromisse mitunter notwendig sind, wenn man sich nicht überhaupt aus dem politischen Handeln ausschalten will. Das aber hat der große Optimist aus Franken weniger vor denn je und auch gar nicht nötig.

Leipzig: Auf der Messe wenig Neues

Düsenflugzeuge statt Kleinwagen — Westliche Prospekte als Andenken

Leipzig (Eigenbericht). Der Erste SED-Sekretär und stellvertretende Sowjetzonen-Ministerpräsident Ulbricht würdigte bei der Besichtigung der Leipziger Messe die westdeutschen Stände keines Blickes. Diese Mißachtung der Regeln internationaler Höflichkeit verstimmt viele Leipziger. Kein Wunder also, daß sie aufatmeten, als der SED-Chef endlich in seinem schweren, mit Fell und einer unauffälligen Nummer ausgestatteten Wagen stieg und die Stadt verließ.

Propaganda und Kontrollen

Geblichen aber ist in Leipzig der verschärfte Kurs, der sich jetzt auch auf die Messe auszuwirken beginnt. Die Kontrollen — besonders auf der Strecke zwischen Berlin und Leipzig — sind gründlicher als sonst. Auf der Suche nach illegal eingeführtem Ostgeld entfernen die Sowjetzonen-Zöllner sogar die Radkappen der Autos. Die Propaganda ist mehr in den Vordergrund getreten.

Wenig Aussichten für Geschäfte

Das alles hat die Stimmung unter den westdeutschen Ausstellern nicht gerade gehoben. Es gibt manche unter ihnen, die es sich wieder einmal ernstlich überlegen, ob sie künftig noch nach Leipzig gehen sollen. Denn auch die geschäftlichen Möglichkeiten scheinen diesmal besonders gering zu sein. Die Sowjetzone soll ihre Einkaufswünsche auf ein Minimum beschränkt haben. Nur für Eisen- und Stahlzeugnisse besteht anscheinend größeres Interesse. Die westdeutschen Aussteller haben in dieser Situation nur den einen „Trost“, daß die mitteldeutsche Bevölkerung sich für die westdeutschen Erzeugnisse sehr interessierte.

Aus „Vespa“ wurde „Wjatka“

Am Eingang des sowjetischen Pavillons ein riesiges Lenin-Bild. An der Stirnwand prangt die Abbildung einer zum Mond

rasenden Rakete. Beim Rundgang fallen eine Jeep-Nachahmung, ein „Moskowsitch“, der dem Opel-Rekord von 1956 ähnelt und eine „Wjatka“, die der weltbekannten Vespa gleicht, auf. Die Tschechen dagegen haben sich selbst etwas einfallen lassen. Ihr Motorroller sieht keinem westlichen Erzeugnis ähnlich. Und der Skoda-Sportwagen füllt zweifellos eine Lücke im Auto-Angebot. Polens Schau fällt wieder durch moderne Gestaltung auf, während die Ungarn — sinnigerweise mit den Polen unter einem Dach — diesmal mit einem umfangreicheren Angebot aufwarten als im Vorjahr. Die Chinesen sind sachlich-nüchtern geworden. Sie zeigen diesmal auch weniger Maschinen und präsentieren statt dessen ihre alten berühmten

Ausfuhrartikel: Seiden, Elfenbeinschnitzereien, Pelzwaren.

Die Qualität der Industrieerzeugnisse aus der Sowjetzone hat sich wieder etwas verbessert, reicht aber nach wie vor nicht an die westdeutschen Erzeugnisse heran. Der Stolz der sowjetzonalen Wirtschaftsfunktionäre ist in diesem Jahr die Flugzeugschau. In einer der Hallen kann man das Modell des ersten deutschen Düsenpassagierflugzeuges, der „152“, betrachten, die von Professor Baade und einem sowjetischen Konstrukteur entwickelt worden ist und noch in diesem Sommer in Dienst gestellt werden soll. Der schon seit Jahren angekündigte sowjetzonale Kleinwagen „P 50“, jedoch ist noch immer nicht zu sehen. Das billigste Auto Mitteldeutschlands ist und bleibt der „P 70“, der über 9000 Mark kostet.

Für die Dame Zellwolle

Auch die Messe-Modenschau kann den Besucher nicht von diesem Aufstieg überzeugen. Die Mehrzahl der von der sowjetzonalen Bekleidungsindustrie präsentierten Kleider besteht aus Kunstseide oder Zellwolle. Und das macht keinen allzu guten Eindruck, da gerade die auch vom Westen übernommene Sackmode bestes Material verlangt. Die Modenschau war am ersten Messe-Sonntag stark besucht. Für die Leipzigerinnen sind diese Schauen immer eine kleine Verbindung zur westlichen Welt. So erhielten die drei westlichen Mannequins aus Frankreich, Holland und Österreich auch besonders großen Beifall. Viele Zuschauerinnen allerdings fühlten sich etwas seltsam berührt, als in der alten Pelzstadt Leipzig französische Pelzimitationen vorgeführt wurden. Aber gehört die Pelzstadt Leipzig heute nicht der Vergangenheit an? In den Schaufenstern am Brühl sieht man fast nur Kanin- und Schaffellmäntel.

Persianer-Mäntel kosten über 9000 Mark. Kein Wunder, daß man nur hier und da alte Persianer sieht, die über den Krieg und die Nachkriegszeit gerettet wurden.

Die Ware kommt später . . .

Am ersten Messe-Sonntag war die Innenstadt fast überfüllt. Aus der näheren und weiteren Umgebung waren die Menschen herangefahren, um das einzukaufen, was es sonst in der Sowjetzone kaum gibt. Und viele dieser Zugereisten ärgerten sich, wenn die Verkäuferinnen dann sagten: „Wir erwarten die Ware erst am Montag.“ Beim Spaziergang durch Leipzig mußten die Gäste feststellen, daß der Aufbau wenig fortgeschritten ist. Von dem neuen Opernhaus stehen bisher nur zwei Stockwerke. Das Gerüst an der alten Handelsbörse am Naschmarkt konnte noch nicht abgebaut werden. Und an der Tür der Weinabteilung von „Auerbachs-Keller“ steht: „Nur für ausländische Messebesucher.“

Sie waren sehr höflich zueinander

Deutsche Studenten zeigten sowjetischen Kommilitonen die Bundesrepublik

Berlin (Eigenbericht). „Wir glauben, daß unsere Delegation die erste, keineswegs aber die letzte ist“, versicherte der Leiter der sowjetischen Gruppe, Juri Woronow, ein 28jähriger Student der russischen Literatur, als er am Sonntagabend in Tempelhof die planmäßige Maschine der PAA bestieg, um über Kopenhagen nach Moskau zurückzuffliegen. Der stellvertretende Chefredakteur der „Komsomolskaja Prawda“ — mit einer täglichen Auflage von 2,5 Millionen zweifellos die größte Jugendzeitung der Welt — gab mit dieser vorsichtigen Formulierung eine treffende Charakteristik der Absichten, die man auch von deutscher Seite mit dem Besuch der vierköpfigen sowjetischen Studentendelegation in der Bundesrepublik verbunden hatte: Es sollte eine erste Fühlungnahme sein.

Das Auftreten der sowjetischen Studenten zeichnete sich durch äußerste Korrektheit aus, aber auch durch wohlüberlegte Zurückhaltung. Im allgemeinen ließen die schlicht gekleideten Gäste des VDS keine Wünsche zum Programm ihrer Reise hören. In Berlin wurde jedoch ein bestimmter Wunsch geäußert: trotz des nur zweitägigen Aufenthalts wünschte sie auf jeden Fall das Dahlemer Museum zu sehen.

Immer wieder — so auch in Hamburg beim Rektor der Universität, Prof. Karl Schiller, kam das Gespräch auf die Frage, ob Vereinbarungen getroffen werden können, die deutschen Studenten ein Gaststudium in der UdSSR eröffnen und als Gegenleistung sowjetischen Studenten in der Bundesrepublik. Während Wladislaw Schewtschenko, ein Student der Publizistik, Fragen und Antworten dolmetschte, antwortete Woronow: „Ich glaube, daß Beziehungen zwischen Studenten der Bundesrepublik und der Sowjetunion möglich und nützlich sind. Wir haben zum Beispiel vorgeschlagen, den Austausch von Studentendelegationen fortzusetzen, und wir haben außerdem vorgeschlagen, daß deutsche Studenten an den internationalen Seminaren teilnehmen, die im Sommer in der Sowjetunion stattfinden.“

Es gäbe für deutsche Studenten durchaus die Möglichkeit, ein Austauschstipendium zu erhalten, meinte Woronow. Auch aus Frankreich, Italien, England und Norwegen kämen Studierende an sowjetische

Hochschulen. Da inzwischen ein Kulturabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geschlossen wurde, bestünden auch Aussichten, daß amerikanische Studenten vom September dieses Jahres an gemeinsam mit sowjetischen Kommilitonen studieren können.

Ohne ein Kulturabkommen aber, so gibt Woronow zu verstehen, sei ein regulärer Studenten- und Praktikantenaustausch praktisch unmöglich. Da ein solcher Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bisher nicht existiert, wird es wohl zu einem solchen Studium an sowjetischen Hochschulen für Studenten aus der Bundesrepublik nicht kommen.

Gespräche mit Bundestagsabgeordneten

Zwei Wochen dauerte die Informationsreise der Studentenedakteure aus Moskau. Sie nutzten diese Zeit nicht nur zu

Verhandlungen über den Studentenaustausch, sondern auch zu Diskussionen über allgemeine politische Probleme. Das Programm, das der VDS zusammengestellt hatte, bot dazu zahlreiche Gelegenheiten.

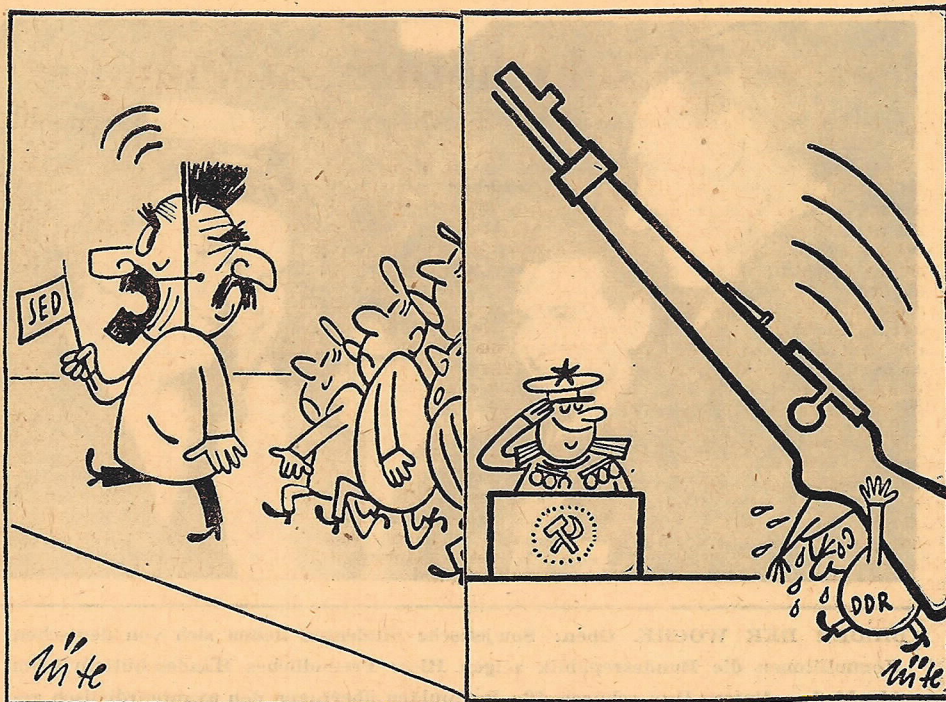
In Bonn standen die Bundestagsabgeordneten v. Manteuffel-Szöge (CDU), Ritzel (SPD), Rutschke (FDP) und Eisenmann (DP) den sowjetischen Studenten mehrere Stunden Rede und Antwort. Bezeichnend für die Schwierigkeiten, die einem raschen gegenseitigen Verständnis im Wege stehen, war eine gewisse Unkenntnis der Gäste über die parlamentarische Demokratie. Es löste Verwunderung bei ihnen aus, daß Abgeordnete des Bundestages nicht einfach abberufen werden können. Auch die Unterschiede zwischen dem Verhältnis- und dem Mehrheitswahlssystem waren Gegenstand längerer Erörterungen. Auch über den Rapacki-Plan tauschte man die Ansichten sehr gründlich aus. Albrecht Marks, VDS-Ehrenvorsitzender und ständiger Begleiter der sowjetischen Studentengruppe auf dieser Reise, faßte seinen Eindruck über die politischen Diskussionen in die Worte: „Ich möchte sagen, daß es durchaus Ansatzpunkte für echte Gespräche gegeben hat, allerdings in kleinem Kreise und nach längerer Anlaufzeit.“

Professoren waren gefragt

Immer von neuem kamen die sowjetischen Gäste auf die Begegnungen zu sprechen, die sie mit deutschen Professoren zusammengeführt hatten. In Hamburg war es ein Empfang bei Professor Schiller, aus dem sie die Gewißheit mitnahmen, daß auch er der Auffassung zustimmt, ein regulärer deutsch-sowjetischer Studentenaustausch sei zu erstreben. In Göttingen sprachen sie mit dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Professor Otto Hahn, mit Professor Hermann Heimpel, dem Leiter des Instituts

für Geschichte in der Max-Planck-Gesellschaft, und sie trafen dort, wie Woronow formulierte, „eine Reihe der Professoren, die in der ganzen Welt bekannt sind“.

Welche konkreten Ergebnisse freilich aus dem höflich und korrekt geführten Besuch resultieren werden, darüber wird zu sprechen sein, wenn auch die deutsche Delegation über ihre Reise durch die Sowjetunion Bericht erstattet hat. Bisher jedenfalls heißt es noch: Kein Studentenaustausch ohne Kulturabkommen.



„Ich werde euch schon bei meiner
Parteilinie halten!“

Zwei Jahre Volksarmee

Jugend unter Druck

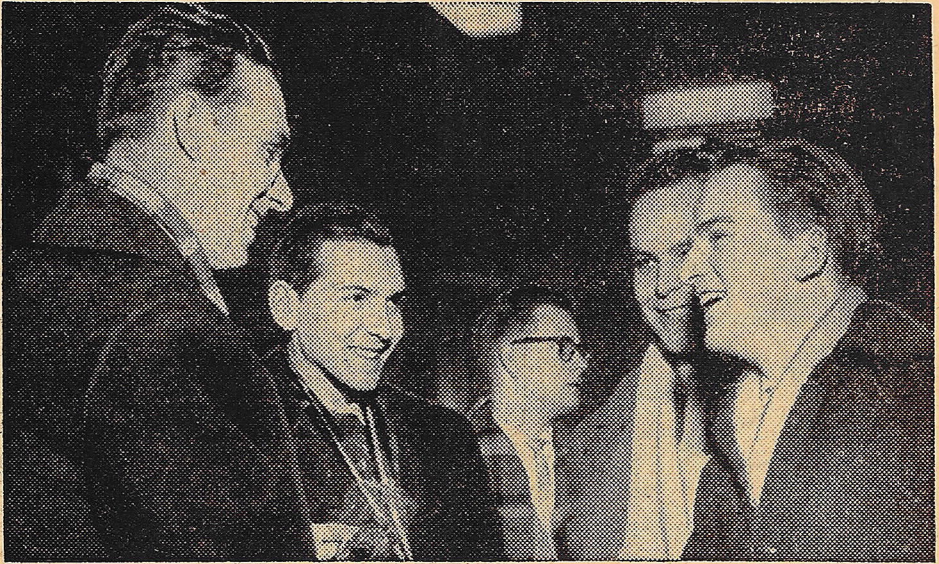
Fortsetzung von Seite 2

Zwang werden. Darum müssen sie jetzt, wenn sie etwa studieren wollen, auf Ulbrichts Glaubenssätze verpflichtet werden. Diese sind eindeutig, terroristisch und atheistisch.

Leider gibt es da noch Theologiestudenten. Auch sie möchte man in den Weltanschauungsstaat der SED einbeziehen. Dazu paßt es nicht, daß noch immer nicht gleichgeschaltete Professoren der Theologie den ihnen anvertrauten Studenten eine Wegweisung für das unmittelbare bevorstehende Studienjahr geben. Keine „Mahnung“, wie eine beflissene Ostberliner Presse behauptet. Und so wird alles gefälscht. Die Einleitung, „daß die Nöte, Gefahren und Versuchungen, die mit der Trennung unseres Vaterlandes in zwei Staatsbereiche gegeben sind, sowie die beson-

deren Probleme, die für den Christen in der Entscheidung zwischen seinem christlichen Glauben und einer atheistischen Weltanschauung erwachsen“ — das wird bezeichnenderweise für die Leser der Ostpresse weggelassen. Es handelt sich um eine Wegweisung, nicht um eine Mahnung für die Theologiestudenten der Humboldt-Universität in Ostberlin, die mit Sicherheit für die christlichen Studenten an den übrigen fünf Universitäten der sogenannten DDR wiederholt werden wird. Darin ist nichts enthalten, was aufrechte Christen nicht unterschreiben könnten. Jedoch möchte die SED selbst die Theologiestudenten auf ihren Staat verpflichten; und das heißt auf ihre geistig beschränkte, den gottleugnenden Menschen voraussetzende Weltanschauung.

Es wäre gut und nützlich, wenn die so sorglosen Menschen im freien Teil unseres Vaterlandes wenigstens in der Passionszeit begriffen, welcher lautlose, aber entscheidende Kampf um die deutsche Zukunft in dem anderen Deutschland ausgefochten wird. Die Kirchen haben schon begriffen, daß vielleicht die überkommene Form kirchlicher Bekenntnisse in Konfirmation und Firmung gegenüber einem gottlosen Staat der Besinnung und der Reform bedarf. Sie sollten nicht fürchten, daß sie durch das Bekenntnis zu Christus vielleicht zeitweise in die Minderheit und in ein Getto gedrängt werden. Denn manche tröstlichen Erfahrungen werden sie gelehrt haben, daß eine Jugend, die unter Druck gesetzt wird, fast fröhlich die Gelegenheit zum Bekenntnis ergreift, weil sie der Lüge gegenüber einem Zwangssystem überdrüssig ist.



BILDER DER WOCHE. Oben: Sowjetische Studenten ließen sich von deutschen Kommilitonen die Bundesrepublik zeigen. Hier: Freundliches Händeschütteln beim Abschied. — Unten: Drei schneeweiße Pyramiden überragen den avantgardistisch gestalteten britischen Pavillon auf der Brüsseler Weltausstellung, in dem die Nachbildungen der britischen Kronjuwelen zu sehen sein werden.

